

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher
Wolfgang Nickel

- im Hause -

Stadtverordnete:
Hartmut Bohrer
Michael Göttenauer
Manuela Schon
Hendrik Seipel-Rotter
Veit Wilhelmy

Wiesbaden, 9. November 2011

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN Wiesbaden für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. November 2011

Wirtschaftliche Entwicklung der Dr. Horst Schmidt Kliniken

Die dramatische wirtschaftliche Entwicklung der Dr. Horst Schmidt Kliniken (HSK) in den letzten Monaten sowie die ausgebliebenen Sanierungserfolge der letzten Jahre lassen uns befürchten, dass weder die Geschäftsführung der HSK noch die politisch Verantwortlichen an einer erfolgreichen Sanierung interessiert sind und alle Anstrengungen ausschließlich auf die geplante (Teil-)Privatisierung ausgerichtet sind.

Eine (Teil-)Privatisierung der HSK ist keine Lösung, die von den Beschäftigten der HSK unterstützt wird. In der am 8.11.2011 veröffentlichten „Wiesbadener Erklärung zur kommunalen Trägerschaft der HSK“, die von den Beschäftigten der HSK unterzeichnet wurde, ist ein klares Bekenntnis zum Erhalt der HSK als kommunales Krankenhaus formuliert worden.

In Deutschland gibt es genügend Beispiele, wie Krankenhäuser der Maximalversorgung in kommunaler Trägerschaft es aus eigener Kraft schaffen können, erhebliche Defizite abzubauen und wirtschaftlich erfolgreich zu arbeiten. .

Die Fraktion LINKE&PIRATEN unterstützt die Wiesbadener Erklärung der HSK-Belegschaft und wünscht sich, dass alle anderen Fraktionen sich der Unterstützung anschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die „Wiesbadener Erklärung zur kommunalen Trägerschaft der HSK“.
2. Der Magistrat möge berichten, wie es zu der eklatanten Defiziterhöhung ab Juli 2011 kommen konnte. Des Weiteren möge der Magistrat berichten, ab wann der Aufsichtsrat der Dr. Horst Schmidt Kliniken von dem erheblich von den Prognosen abweichenden Geschäftsverlauf informiert war und welche Gegenmaßnahmen der Aufsichtsrat ergriffen hat.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, auf die (Teil-)Privatisierung der HSK zu verzichten.

4. Die derzeitige Geschäftsführung der HSK wird entlassen. Die Geschäftsführung der HSK wird für einen begrenzten Zeitraum von einem kompetenten Partner übernommen. Dies geschieht ohne eine Kapitalbeteiligung des Vertragspartners.

gez. Hartmut Bohrer
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Evelyn Zell
Fraktionsassistentin